

INHALT

1. Drei Landkreise erheben Verfassungsbeschwerde gegen FAG
2. Landesregierung hat kein industriepolitisches Konzept
3. Keine zusätzliche Große Strafkammer in Kiel
4. CDU setzt Erweiterung im Flüchtlingsbereich durch
5. CDU gratuliert neuem Landesbeauftragten

20.11.2015

Drei Landkreise erheben Verfassungsbeschwerde gegen FAG
CDU: Neuregelung durch SPD, Grüne und SSW rein politisch motiviert



Petra Nicolaisen, kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Nach dem gemeinsamen Antrag der Oppositionsfraktionen im Landtag auf Normenkontrolle haben in dieser Woche die Kreise Nordfriesland, Ostholstein und Schleswig-Flensburg eine Verfassungsbeschwerde gegen die Neuregelung des FAG (Kommunales Finanzausgleichsgesetz) vorgestellt.

Die Prozessbevollmächtigten der Kreise kommen zu dem Ergebnis, dass das FAG 2015 schwere verfassungsrechtliche Mängel aufweist. So habe unter anderem eine „ordnungsmäßige Erkundung“ des Sachverhaltes gefehlt. Das Land habe lediglich die Haushaltsergebnisse zur Basis der Abwägung gemacht.

Die kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen, bezeichnete die Verfassungsbeschwerde als folgerichtig:

„Mit dieser Verfassungsbeschwerde bestätigen weitere ausgewiesene Experten die auch von

uns beklagten schweren Fehler des neuen Finanzausgleichsgesetzes. Das von SPD, Grünen und SSW trotz aller Mahnungen durchgepeitschte Gesetz diene nie einer auskömmlichen und gerechten Verteilung. Sonst hätten sie vorher den Bedarf ermittelt. Die Neuregelung des FAG war rein politisch motiviert. Deshalb ist die Verfassungsbeschwerde der Kreise ebenso folgerichtig, wie der Antrag der Oppositionsfraktionen auf Normenkontrolle“.

Landesregierung hat kein industriepolitisches Konzept Callsen wirft Wirtschaftsminister Meyer Versagen vor



Johannes Callsen, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, hat der von SPD, Grünen und SSW getragenen Landesregierung in der heutigen Debatte über die Industriepolitik Versäumnisse vorgeworfen. „Es gibt seit Jahren unter rot-grün-blau keine industriepolitischen Impulse. Deshalb muss sich niemand wundern, dass der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung seit 2012 gesunken ist“, sagte Callsen.

Wenn mehr als die Hälfte der Industrieunternehmen in einer IHK-Umfrage den Standort Schleswig-Holstein nur noch befriedigend oder schlechter bewerten, sei dies ein Alarmsignal. Grund dafür seien zum einen die von SPD, Grünen und SSW beschlossenen immer neuen bürokratischen Hemmnisse, zum anderen vermissten Investoren Planungssicherheit für Erweiterungen und Ansiedlungen.

„Monatelang gab es keine Klarheit hinsichtlich der Investitionsförderung in Schleswig-Holstein. Mehr als 120 Förderanträge konnten deshalb nicht bearbeitet werden“, so Callsen.

Die Landesregierung behindere durch ordnungsrechtliche Auflagen unter anderem im neuen Landesnaturschutzgesetz Betriebserweiterungen und Ansiedlungen. „Auch deswegen ist die Zahl neuer Ansiedlungen in Schleswig-Holstein unter rot-grün-blau kontinuierlich zurück gegangen.“

Insbesondere beim größten Industriegebiet des Landes in Brunsbüttel kämen SPD, Grüne und SSW seit drei Jahren über immer wechselnde Ankündigungen nicht hinaus. Auch der Breitbandausbau in Schleswig-Holstein sei auf die lange Bank bis 2030 geschoben worden. Die Infrastruktur als wichtigster Standortfaktor werde besonders vernachlässigt.

„Die neue Imagekampagne kann dieses Versagen der Landesregierung nicht überdecken! Wir warten im Wirtschaftsausschuss seit mittlerweile 1,5 Jahren auf das industriepolitische Konzept der Landesregierung“, so Callsen.

Keine zusätzliche Große Strafkammer in Kiel **Regierungsfraktionen lehnen Antrag der CDU-Fraktion ab**

Der Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung zusätzlicher Richterstellen (Link siehe unten) ist heute im Landtag abgelehnt worden. Angesichts der Vielzahl unbearbeiteter Fälle am Landgericht Kiel hatte die CDU diesen mit dem Ziel gestellt, dort zeitlich befristet eine zusätzliche Große Strafkammer einzurichten.

„Für unseren Rechtsstaat ist es von entscheidender Bedeutung, dass Straftaten konsequent aufgeklärt und einem Urteil zugeführt werden“, begründete CDU-Justizexpertin Barbara Ostmeier den Antrag. Es sei Aufgabe der Politik, der Justiz die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um ihr die Bewältigung dieser Aufgabe zu ermöglichen.

Ihre Kleine Anfrage zu den Beständen von Strafverfahren an den Landgerichten habe Handlungsbedarf aufgezeigt. Die Strafverfahren am Landgericht Kiel zeichneten sich regelmäßig durch eine hohe Komplexität aus, die hohe personelle Kapazitäten binden und viel Zeit bis zur Erledigung benötigten. Gerade – aber nicht ausschließlich - am Landgericht Kiel habe sich in den letzten Jahren ein Bestand an Strafverfahren aufgestaut. Teilweise seien Anklagen aus dem Jahr 2009 noch nicht eröffnet worden. „Dieser Zustand ist für einen Rechtsstaat schlicht nicht hinnehmbar“, so Ostmeier.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3558.pdf>



CDU-Justizexpertin Barbara Ostmeier

CDU setzt Erweiterung im Flüchtlingsbereich durch **Landtag diskutiert über die Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge**

Erneut hat heute der Landtag über das Thema der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge diskutiert. Konkret ging es in dem von den Regierungsfraktionen beantragten Bericht der Ministerin um die Frage der Inobhutnahme und der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die ohne ihre Eltern oder andere Sorgeberechtigte nach Schleswig-Holstein kommen.

Die CDU-Fraktion setzte sich in der Debatte mit ihrem Antrag durch, dass der regelmäßige halbjährliche Flüchtlingsbericht der Landesregierung um diesen Punkt erweitert wird.

Mit Stand vom 10. November lebten 2.402 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein. Die Zahl steigt weiter an und spiegelt die enorme Herausforderung für die Kommunen, die Jugendämter und das Landesjugendamt wieder. Täglich kommen rund 30 neue unbegleitete Kinder und Jugendliche in das nördlichste Bundesland.

Die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, sagte in ihrer Rede an die Adresse der Landesregierung gerichtet: „Wie bereits bei der ersten Debatte im März, können wir Sie an dieser Stelle nur noch einmal auffordern, mit den Kommunen und den Jugendämtern tragfähige Integrationskonzepte zu erarbeiten!“ Die Landesregierung dürfe hier nicht weiter die Augen verschließen, wie sie es in der Vergangenheit getan habe.

Der Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3590.pdf>



Die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow

CDU gratuliert neuem Landesbeauftragten

Christian Meyer-Heidemann an die Spitze der politischen Bildungsarbeit gewählt



Volker Dornquast, MdL

Schleswig-Holstein hat einen neuen Landesbeauftragten für Politische Bildung. 53

Abgeordnete stimmten für den einzigen Kandidaten, Dr. Christian Meyer-Heidemann, sieben gegen ihn und fünf enthielten sich.

Der in der CDU-Fraktion für die politische Bildung zuständige Abgeordnete, Volker Dornquast, gratulierte dem frisch Gewählten.

„Wir wünschen Herrn Meyer-Heidemann die nötige Energie, um die politische Bildung in unserem Land zu gestalten und das Interesse der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, insbesondere der jungen, an politischen und gesellschaftlichen Diskussionen zu stärken“, unterstrich Dornquast, der in seiner Rede dem bisherigen Leiter, Heiko Vosgerau, für dessen gute Arbeit dankte.

Die CDU-Fraktion hatte ursprünglich gegen die Schaffung eines neuen Landesbeauftragten gestimmt und sich für den Erhalt der bisherigen Landeszentrale für Politische Bildung – wie es sie in anderen Bundesländern gibt – eingesetzt.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de